

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Formblatt 7

Förderungsnummer

Zeile

1	Familienname	Ggf. Geburtsname
2	Vorname/n	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)

Eingangsstempel

Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG

Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraumes gestellt werden (Ausschlussfrist). Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Formblatt 3 für das vorletzte Kalenderjahr vorliegen.

Für den Bewilligungszeitraum vom bis beantrage ich, dass bei der Anrechnung des Einkommens meines/meiner Ehegatten Vaters Mutter **die Aktualisierung ist ggf. für jede/n Einkommensbezieher/in gesondert zu beantragen** von den Einkommensverhältnissen im **Bewilligungszeitraum** ausgegangen wird, weil sein/ihr Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.

Mir ist bekannt, dass

- **Ausbildungsförderung auf der Grundlage der aktuellen Einkommensverhältnisse unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird.**
- **ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen anzeigen muss.**
- **ich unverzüglich und unaufgefordert die für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen vorlegen muss.**
- **ich verpflichtet bin, eine sich bei der endgültigen Berechnung ergebende Überzahlung zu erstatten.**
- **ich nach Stellung eines Antrages auf Aktualisierung - auch bei einer Einkommensverbesserung - die Anrechnung des Einkommens aus dem vorletzten Kalenderjahr nicht mehr verlangen kann.**

14	Ort, Datum	Unterschrift der/des Auszubildenden
----	------------	-------------------------------------

Erklärung der Einkommensbezieherin/des Einkommensbeziehers

Gründe für die Einkommensminderung (z.B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Erwerbsminderungsrente):

Zur Glaubhaftmachung der Einkommensminderung füge ich folgende Belege bei (z.B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld, bei Selbständigen die letzten Umsatzsteuererklärungen in Kopie):

die Einkommensminderung wurde/wird wirksam ab

Art der Erwerbstätigkeit

- erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung.
- erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z.B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in).
- erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in.
- Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige nicht Erwerbstätige.

Zeile 32 Die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zu Grunde zu legenden Jahreseinkommen werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (Künftige Erhöhungen wie z.B. Tariferhöhungen bitte berücksichtigen.):

33 **Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 36 - 47 und 51 - 62**

	1. Jahr		2. Jahr	
	1.1. bis 31.12. 20		1.1. bis 31.12. 20	
34 <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar aus	1.1. bis 31.12. 20		1.1. bis 31.12. 20	
35 Bitte Verluste kenntlich machen; Einkünfte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung nachweisen	in vollen Euro (Jahressummen)		in vollen Euro (Jahressummen)	
36 positive Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	€		€	
37 positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb	€		€	
38 positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit	€		€	
39 positive Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezüge, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld - auch Abfindungen (steuerpflichtiger Teil)	€		€	
40 Einnahmen, die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert werden	€		€	
41 positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	€		€	
42 positive Einkünfte aus Kapitalvermögen	€		€	
43 Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)	€		€	
44 Bruttorenten aus gesetzlichen und/oder privaten Rentenversicherungen	€		€	
45 Unfallrenten	€		€	
46 Versorgungsrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären und Renten nach §§ 31 - 34 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) ohne Grundrente bzw. eines der Grundrente nach dem BVG entsprechenden Betrages ohne Schwerbehindertenzulage, Zulage für fremde Führung, Pauschbeträge für Kleider- und Wäscheverschleiß und Pflegezulage	€		€	
47 Voraussichtliche				
48 Lohn-/Einkommensteuer	€		€	
49 Kirchensteuer	€		€	
50 Solidaritätszuschlag	€		€	
51 Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld	€		€	
52 Krankengeld (netto)	€		€	
53 Insolvenzgeld	€		€	
54 Überbrückungsgeld	€		€	
55 Übergangsgeld	€		€	
56 Kurzarbeitergeld	€		€	
57 Abfindungen (steuerfreier Teil)	€		€	
58 Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	€		€	
59 Weitere Einnahmen nach dem BAföG-EinkommensV (abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 7) und zwar:				
60	€		€	
61	€		€	
62 weitere Einnahmen, soweit nicht schon vorstehend aufgeführt	€		€	

63 Erklärungen siehe nächste Seite

63 **Mir ist bekannt,**

- 64 – dass ich verpflichtet bin, die für die endgültige Feststellung des Einkommens im Bewilligungszeitraum erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) unverzüglich und unaufgefordert dem Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen.
- 65 – dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.
- 66 – dass unrichtige oder unvollständige Angaben, das Unterlassen von Änderungsanzeigen sowie die nicht unverzügliche und unaufgeforderte Vorlage der für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.
- 67 – dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.

68

Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.

69 Ort, Datum

Unterschrift der/des erklärenden Einkommensbezieherin/s